



Die Beschäftigten auf dem Bau kämpfen für ihren Landesmantelvertrag und gegen die weitere Deregulierung der Arbeitszeit

Ende Jahr läuft der Landesmantelvertrag (LMV) im Bauhauptgewerbe aus. Die Vertragsparteien müssen sich nun wieder auf einen Vertrag einigen. Nach fünf Verhandlungsrunden zeigt sich, dass die Positionen der Gewerkschaften Unia und Syna sowie des Schweizerischen Baumeisterverbandes (SBV) weit auseinanderliegen.

Während die Gewerkschaften konkret mehr Schutz der Gesundheit auf dem Bau, weniger Stress und eine korrekte Abgeltung von unbezahlter Arbeitszeit forderten, lancierten die Baumeister einen Frontalangriff auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Der Verband will damit die geltenden Bestimmungen zur Arbeitszeit aushebeln. Wenn es nach den Baumeistern geht, sollen künftig 12-Stunden-Arbeitstage und Arbeitswochen von 58 Stunden gang und gäbe sein. Diese Forderungen widersprechen nicht nur dem Arbeitsgesetz. Sie führen auch dazu, dass die Tage auf der Baustelle ausgerechnet im Sommer bei grösster Hitze noch länger und noch härter werden. Der SBV knüpft ausserdem die Anhebung der Reallöhne an die Bedingung, dass die Gewerkschaften der Deregulierung der Arbeitszeit zustimmen.

Die Beschäftigten auf dem Bau sind aber nicht bereit, auf einen solchen Deal einzusteigen. Sie weigern sich, die negativen Auswirkungen auf ihre Gesundheit und ihr Sozialleben einfach hin zu nehmen. Sie wehren sich zusammen mit den Gewerkschaften und haben schweizweit Protesttage ausgerufen. Der erste fand am 17. Oktober im Tessin statt. Am 1. November werden die Bauarbeiter auch in Basel die Arbeit niederlegen und auf die Strasse gehen. Die Bauarbeiter:innen hoffen, dass die Baumeister endlich von ihren radikalen Forderungen abkommen und den Weg frei machen für eine Einigung und den Abschluss eines neuen Vertrags.

Die SP Schweiz solidarisiert sich mit dem Protest der Beschäftigten auf dem Bau. Es ist inakzeptabel, wenn die Baumeister Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, welche auf Kosten der Gesundheit und des Soziallebens der Beschäftigten gehen und klar gegen das geltende Arbeitsrecht verstossen. Die SP Schweiz wird sich auch mit weitergehenden Kampfmassnahmen solidarisieren, sollte der SBV nicht auf die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften eingehen.

Die SP Schweiz kritisiert auch, dass der SBV seine Mitglieder schon vor einem Jahr auf einen vertragslosen Zustand eingeschworen hat. Der Verband behauptet gar, dies hätte keine negativen Auswirkungen auf die realen Arbeitsbedingungen in der Branche. Der SBV stellt mit seinem Vorgehen ein funktionierendes System der Vertragspartnerschaft grundlegend in Frage und riskiert, eine zusätzliche Krise mit weitreichenden Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft auszulösen.